

# WIR FÜR UNSERE HEIMAT

WAHLPROGRAMM DER ALTERNATIVE FÜR  
DEUTSCHLAND ZUR STADTRATSWAHL  
2024 IN MAGDEBURG



**Afd**

KREISVERBAND  
MAGDEBURG



[www.afd-md.de](http://www.afd-md.de)



Vorwort .....	1
1. Bildung, Familie und Kinder.....	2 - 6
2. Wirtschaft .....	7 - 9
3. Soziale Verantwortung leben .....	10 - 12
4. Daseinsvorsorge .....	13 - 14
5. Zuwanderung und Re-Migration .....	15 - 19
6. Sicherheit und Ordnung .....	20 - 23
7. Stadtentwicklung und Verkehr .....	24 - 28
8. Kultur und Sport .....	29 - 33
9. Finanzen .....	34 - 36
10. Umwelt .....	37 - 38
11. Europa .....	39 - 40

Sehr geehrte Magdeburger,

mit einem erfolgreichen Abschneiden bei den Stadtratswahlen am 9. Juni 2024 wollen wir in unserer Heimatstadt Magdeburg den Grundstein für eine patriotische Wende legen. Eine starke AfD-Fraktion im Magdeburger Stadtrat ist im Jahre 2024 notwendiger denn je. Schließlich beschränken sich die Altparteien seit geraumer Zeit darauf, den Niedergang und den Mangel in unserer Stadt zu verwalten. Als Alternative für Magdeburg wollen wir nicht nur verwalten. Stattdessen wollen wir die Zukunft unserer Stadt positiv gestalten. Dabei sind die Interessen der Bürger die Leitlinie für unser Handeln.

Während für illegale Zuwanderer und linksideologische Projekte ausreichend Geld vorhanden ist, wird die einheimische Bevölkerung auch auf kommunaler Ebene vernachlässigt und Jahr für Jahr stärker belastet. Hinzu kommt der Filz der Altparteien, der sich in den vergangenen Jahrzehnten auch auf kommunaler Ebene gebildet hat. Wir proklamieren den Kampf gegen diesen Altparteienfilz. Wir treten an, um die rot-rot-grüne Hegemonie im Magdeburger Rathaus zu beenden. Wir wollen die linken Gesellschaftsexperimente in unserer Stadt – insbesondere die illegale Massenzuwanderung, den Gender-Irrsinn sowie den Energiewende- und Klimawahnsinn – beenden und rückabwickeln.

Die Bürger der ehemaligen DDR wissen, dass Bundesländer und Staaten kommen und gehen – unsere Dörfer und Städte aber bleiben. Als Familien- und Heimatpartei wollen wir die Identität Magdeburgs in einer aus den Fugen geratenen Welt bewahren. In Zeiten der Globalisierung betonen wir das Regionale. Schließlich geben die Städte und Kommunen des Landes unserer kulturellen Identität ein festes Fundament.

Wir sehen unsere Stadtgemeinschaft als gesellschaftlichen Schutzraum gegen eine entfesselte Globalisierung. Wir wollen die soziale Frage des 21. Jahrhunderts in unserer Stadt zugunsten der Magdeburger entscheiden. Wir wollen auf kommunaler Ebene regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Wir wollen kleine und mittelständische Unternehmen ansiedeln, um gut bezahlte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für die Bürger unserer Stadt zu schaffen.

Um diese Ziele entschlossen angehen und verwirklichen zu können, bitten wir um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme.

# 1. **Bildung und Familie - Das Beste für unsere Kinder!**

Bildungspolitik in Deutschland ist im Wesentlichen Sache der Länder und soll auch deren Kernaufgabe bleiben. Während der Bund lediglich grobe Rahmenrichtlinien vorgibt, entscheiden die Länder gemäß ihrer Kulturhoheit über die inhaltliche Ausgestaltung der Bildungspolitik. Die Kommunen sind in erster Linie für den Erhalt von Schulgebäuden und die Organisation der Schülerbeförderung verantwortlich. Die AfD tritt dafür ein, dass die Kommunen über die notwendigen Mittel verfügen, um diese für die Gewährleistung der Volksbildung wesentlichen Aufgaben angemessen erfüllen zu können.

## **Begrüßungsgeld für neugeborene Magdeburger!**

Als deutsche Familienpartei setzt sich die AfD im Stadtrat für die Auszahlung eines Begrüßungsgeldes für neugeborene Magdeburger in Höhe von 1.000 Euro ein. Die Auszahlung soll für jene Kinder erfolgen, deren Eltern seit mindestens sechs Monaten in Magdeburg gemeldet sind. Mindestens ein Elternteil muss zudem im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sein.

## **Kita-Beiträge – keine Erhöhung der Elternbeiträge!**

Die AfD-Fraktion im Stadtrat hat die geplante Erhöhung der Kita-Gebühren zur Sanierung des maroden Stadthaushaltes verhindert. Als Familienpartei werden wir familienfeindliche Beitragserhöhungen auch zukünftig bekämpfen. Schließlich dürfen die finanziellen Probleme der Stadt nicht auf den Schultern der Eltern abgeladen werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Kita-Gebühren für Eltern in Magdeburg mittelfristig reduziert und langfristig abgeschafft werden.

## **Kita-Schwimmunterricht dauerhaft ermöglichen!**

Wir fordern, dass Kleinkindern mit Wohnsitz in Magdeburg das Schwimmenlernen kostenfrei ermöglicht werden muss. Im Jahre 2019 beschloss der Stadtrat auf Antrag der AfD-Fraktion ein Pilotprojekt zum Schwimmunterricht in der Kita, an dem sich 650 Kinder beteiligten. Für die Verstetigung dieses Pilotprojektes wurden im Jahr 2024 auf Antrag der AfD-Fraktion 100.000 Euro zur Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen Kita-Schwimmunterrichts in den Stadthaushalt eingestellt. Erneut zeigt sich: AfD wirkt! Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass jedes Kleinkind in unserer Stadt so früh wie möglich das Schwimmen erlernen kann. An dieser Stelle ist jeder Euro sinnvoll investiert.

# 1. Bildung und Familie – Das Beste für unsere Kinder!

## **Vorrangregelung für Deutsche bei Kitaplatzvergabe prüfen!**

Gegenwärtig schafft die Stadt Magdeburg neue Kita-Plätze. Es ist jedoch nicht sicher, ob die neu geschaffenen Plätze ausreichen, um die bestehende Nachfrage zu decken. Darum soll die Stadt prüfen, ob die Kinder deutscher Staatsbürger bei der Vergabe von Kita-Plätzen vorrangigbehandelt werden können und gegebenenfalls die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen.

## **Sanierungsoffensive an Magdeburger Schulen!**

Viele Schulen in Magdeburg sind sanierungsbedürftig. Zwar sind in den letzten Jahren manche Schulen saniert worden, der über Jahrzehnte hinweg aufgebaute Sanierungsstau ist aber noch nicht abgearbeitet. Lange hat man Schulgebäude vernachlässigt und lieber Geld für linksideologische Projekte und illegale Zuwanderer ausgegeben, weswegen es immer wieder an Finanzmitteln gemangelt hat. Leidtragende sind die Kinder unserer Stadt. Daher fordern wir eine Sanierungsoffensive, damit kein Kind mehr in einem maroden Schulbau unterrichtet werden muss.

## **Schulwege eltern- und schülerfreundlich konzipieren!**

Die AfD fordert die Überprüfung und gegebenenfalls die Verbesserung der Erreichbarkeit von Magdeburger Schulen für Schüler und Eltern. Der Schulweg zu Fuß und mit öffentlichen Verkehrsmitteln muss so kurz wie möglich und so lang wie nötig konzipiert werden. Dabei muss auch Sicherheitsaspekten Rechnung getragen werden.

## **Kostenloses Schülerticket für alle Schulkinder einführen!**

Wir setzen uns dafür ein, dass die Magdeburger Familien in Zeiten explodierender Lebenshaltungskosten durch kostenlose ÖPNV-Tickets für alle Schüler entlastet werden. Die von der AfD-Fraktion im Stadtrat unterstützte Einführung des 9-Euro Tickets ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Auch die Verringerung von Mindestentfernungen zur Schule für die Erstattung von Fahrkosten für Schüler kann zur Entlastung unserer Familien beitragen. Letztlich wird sich die AfD-Fraktion jedoch weiterhin für das Ziel eines kostenlosen Tickets für alle Magdeburger Schüler einsetzen.

**Veröffentlichung des Migranten- und Ausländeranteils an Magdeburger Schulen!**

Wissenschaftliche Studien belegen, dass der Lernerfolg deutscher Schüler ab einem Migrantenanteil in Schulklassen von 30 bis 40 Prozent deutlich abnimmt. Aufgrund des stetig steigenden Migrantenanteils an zahlreichen Magdeburger Schulen – insbesondere infolge der illegalen und kulturfremden Massenzuwanderung – sind viele Eltern besorgt.

Darum fordert die AfD, dass die Stadt Magdeburg zu Beginn eines jeden Schuljahres einen Bericht über den Migrantenanteil in den Klassen an Magdeburger Schulen veröffentlicht. Auf Grundlage dieses Berichtes sollen Maßnahmen zur Senkung der Ausländer- und Migrantenquote in besonders betroffenen Schulen/Schulklassen erarbeitet und umgesetzt werden.

Die AfD hält eine Absenkung auf maximal 10 Prozent kulturfremder Schüler pro Klasse für geboten. Zur Erreichung dieser Quote fordert die AfD die Schaffung von Sonderklassen für die Kinder illegaler Zuwanderer. Dort sollen die illegal in Magdeburg lebenden Schüler bis zu ihrer Abschiebung unterrichtet werden.

**Heimatklassen für ukrainische Schüler einrichten!**

In Magdeburg lebende ukrainische Schüler sollen nicht in das hiesige Schulsystem integriert, sondern in Heimatklassen unterrichtet werden. Schließlich widerspricht die sogenannte ‚Integration‘ der seit dem Jahr 2022 nach Deutschland eingereisten Ukrainer dem ausdrücklichen Wunsch des ukrainischen Bildungsministeriums und der ukrainischen Generalkonsulin Iryna Tybinka. Stattdessen sollen die ukrainischen Kinder auf Ukrainisch und nach ukrainischen Rahmenplänen unterrichtet und dadurch auf eine zeitnahe Rückkehr vorbereitet werden.

**Vorsicht bei der Schulwahl – Nein zu Zwangsschulbezirken, ja zur freien Wahl der Schulen!**

Eltern wissen am besten, was gut für ihre Kinder ist. Dieser Grundsatz muss auch und gerade für die Schulwahl gelten. Darum fordert die AfD die Abschaffung der Zwangsschulbezirke für Grundschulen. Unflexible und starre Regelungen für die Magdeburger Schulbezirke lehnen wir ab. Es kann nicht sein, dass besorgte Eltern daran gehindert werden, ihre Kinder vor dem Besuch überfremdeter Schulen mit einem Migrantenanteil von bis zu 76 Prozent zu schützen.

# 1. Bildung und Familie - Das Beste für unsere Kinder!

Stattdessen soll Eltern und ihren Kindern die maximal mögliche Wahlfreiheit gestattet werden. Durch die Wahlfreiheit entstehen für die Schulen Anreize zur Optimierung der Schulqualität. Als Zwischenschritt zur Erreichung dieses Ziels sind Clusterlösungen eine denkbare Maßnahme, um eine schrittweise Erweiterung der Möglichkeiten bei der Schulauswahl zu ermöglichen.

## **Unsere Kinder schützen, Schulhofsicherheit gewährleisten!**

An zahlreichen Magdeburger Schulen kritisieren Eltern, Lehrer und Kinder die mangelnde Schulhofsicherheit. Dort können Schulfremde ohne Schwierigkeiten das Schulgelände betreten und den Schulfrieden stören. Dadurch wird Diebstählen, Vandalismus sowie Gewalt- und Drogenkriminalität Vorschub geleistet. Darum fordert die AfD für dahingehend problematische Schulen die Erarbeitung von Konzepten zur Gewährleistung einer sicheren Lernumgebung und sicherer Schulhöfe. Zu beachten sind dabei beispielsweise Aspekte wie der Erhalt und Bau klein strukturierter und überschaubarer Schulgebäude sowie die Gewährleistung abschließbarer Zugänge zu Schulhöfen. Beim Entwurf von Konzepten zur Optimierung der Schulhofsicherheit sollen Polizei sowie Fachleute aus den Bereichen Sicherheit und Brandschutz einbezogen werden.

## **Begabtenförderung in Magdeburg auf- bzw. ausbauen!**

Linksliberale Ideologen arbeiten im Bildungsbereich seit Jahrzehnten an der Umsetzung ihrer utopischen Gleichheitsideologie. Darum findet Begabtenförderung im deutschen Bildungssystem kaum noch statt. Aus diesem Grunde fordert die AfD die Stärkung der Begabtenförderung durch die Stadt Magdeburg mittels Schaffung und Umsetzung eines kommunalen Begabtenförderungsprogramms.

## **Kostenübernahme für Lernmittel!**

Die Familienpartei AfD fordert, dass die Stadt die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen soll, um die Kosten für Lernmittel wie Schulbücher an Magdeburger Schulen ganz oder zumindest teilweise zu übernehmen. Durch eine entsprechende finanzielle Entlastung kann die Kaufkraft von Familien und Alleinerziehenden gestärkt werden.

# 1. Bildung und Familie - Das Beste für unsere Kinder!

## **Familien unterstützen, Zuschuss für Kita- und Schulessen auszahlen!**

Vor dem Hintergrund kräftig steigender Lebenshaltungskosten setzt sich die AfD dafür ein, dass alle Magdeburger Familien durch Zuschüsse zur Finanzierung des Kita- und Schulessens entlastet werden. Zunächst soll für jede Mahlzeit ein Zuschuss in Höhe von einem Euro gewährleistet werden. Nach der erfolgreichen Umsetzung des AfD-Konsolidierungskonzeptes für den städtischen Haushalt soll eine weitere Erhöhung der Zuschüsse erfolgen. Langfristig setzt sich die AfD für kostenloses Kita- und Schulessen ein.

## **Maßnahmen zur Berufsorientierung für die Magdeburger Jugend!**

Die AfD setzt sich für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Schulen und ortsansässigen Betrieben ein, um Jugendliche bereits früh mit den beruflichen Möglichkeiten in Magdeburg und Umgebung vertraut zu machen. Durch Schnupperpraktika und Betriebsbesichtigungen sollen unsere Schüler nicht nur einen lebensnahen Einblick in die Arbeitswelt erhalten, sondern vor allem auch die in ihrer Heimatstadt verwurzelten Traditionsberufe kennenlernen.

## **Heimatbezug stärken - Magdeburger Vereine und Schulen vernetzen!**

Ortsansässige Vereine, darunter Sport-, Geschichts- oder Schützenvereine, pflegen deutsche Traditionen und stärken den Zusammenhalt in unserer Stadt. Durch eine bessere Vernetzung zwischen Schulen und städtischen Vereinen will die AfD Jugendliche wieder für den Einsatz für unsere Gemeinschaft begeistern und so den positiven Bezug unserer Kinder zur Heimat fördern.

## **Gender-Ideologie entschlossen bekämpfen!**

Im Magdeburger Stadtrat leugnen linke Gender-Ideologen naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern, bekämpfen traditionelle Wertvorstellungen und wirken spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen. Die AfD lehnt staatlich geförderte Gender-Umziehungsprogramme in Magdeburger Kitas, Kindergärten und Schulen strikt ab. Außerdem fordern wir die Abschaffung des „Leitfadens für gendergerechte Sprache“, mit dem Mitarbeiter der Stadtverwaltung dazu gezwungen werden, städtische Schriftstücke bis zur Unleserlichkeit durchzugendern. Unsere Maxime lautet: Sprachwirrwarr beenden – Deutsche Rechtschreibung statt Gendersprache!

## 2. Wirtschaft – Unternehmen gründen und ansiedeln, Arbeitsplätze schaffen!

Die Kernaufgabe kommunaler Wirtschaftsförderung liegt in der Stärkung der Wirtschaftskraft von Städten und Gemeinden durch angemessene Fördermaßnahmen. Diese dienen der Bindung ansässiger Unternehmen, der Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen und damit verbunden der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze für die einheimische Bevölkerung.

Grundsätzlich ist die kommunale Wirtschaftsförderung ein integraler Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung. Schließlich sind kommunale Mandatsträger mit den Standortbedingungen vor Ort besser vertraut als Behörden der Landes- oder Bundesebene. Darum tritt die AfD für die Stärkung der kommunalen Wirtschaftsförderung als Kernaufgabe kommunaler Selbstverwaltung ein. Im Einklang mit dem sogenannten Subsidiaritätsprinzip sollen alle Entscheidungen, die am besten vor Ort getroffen werden können, auch vor Ort getroffen werden.

Das wirtschaftspolitische Handeln der AfD in den Kommunen zielt darauf ab, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ansässiger/einheimischer Unternehmen und die wirtschaftliche Situation der Arbeitnehmer in Städten und Gemeinden zu verbessern. Eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die der Gewinnmaximierung globaler Großkonzerne dient, aber die wirtschaftliche Situation kleiner und mittelständischer Unternehmen und der deutschen Arbeitnehmer nicht verbessert oder sogar verschlechtert, lehnen wir entschieden ab.

### **Unsere Stadt, unsere Regeln – Intel ist hier nur zu Gast!**

Nicht nur in Deutschland und Sachsen-Anhalt, auch in Magdeburg setzt sich die AfD für ein Primat der Politik über die Ökonomie ein. Magdeburg gehört den Magdeburgern. Das heißt: In unserer Stadt bestimmt die einheimische Bevölkerung. Durch ihre Stimmabgabe an der Wahlurne wählen die Magdeburger ihre Vertreter in den Stadtrat. Dieser entscheidet für die Bürger über die Geschicke in unserer Stadt. Keinesfalls darf es deshalb zu einem Primat der Ökonomie über die Politik kommen. Auch der finanzkräftige US-Großkonzern Intel ist hier nur zu Gast und hat sich nach unseren Regeln zu richten. Wer sich nicht an diese Regeln hält und aus Eigennutz eine globalistische Agenda zum Schaden unserer Bürger vorantreibt, hat sein Gastrecht verwirkt.

## **2. Wirtschaft -** Unternehmen gründen und ansiedeln, Arbeitsplätze schaffen!

### **Städtische Wirtschaftsförderung mit ausreichendem und qualifiziertem Personal!**

Die AfD fordert eine bedarfsgerechte quantitative und qualitative Personalausstattung wirtschaftsfördernder Institutionen in Magdeburg. Denn erfolgreiche und passgenaue kommunale Wirtschaftsförderung braucht nicht nur ausreichendes, sondern auch qualifiziertes Personal. Diese Voraussetzung für eine erfolgreiche städtische Wirtschaftsförderpolitik soll durch Schulungs- bzw. Weiterbildungsmaßnahmen und, wenn notwendig, durch Neueinstellungen geschaffen werden.

### **Bürokratieabbau vorantreiben!**

Die AfD fordert, dass der Bürokratieabbau in Magdeburg mit Hilfe einer Aufgabenkritik in der Stadtverwaltung endlich konsequent vorangetrieben wird. Entgegen anderslautender Versprechen haben die Altparteien in den zurückliegenden Jahren nicht gehandelt. Im Gegenteil, zusätzlich zum Dickicht aus bürokratischen Regelungen von EU, Bund und Land sattelt die rot-rot-grüne Ratsmehrheit mit weiteren Formalien, Vorgaben und Forderungen noch eins drauf. Diese meist sinnfreien Regularien sollen dann von städtischen Mitarbeitern kontrolliert werden, welche wir aufgrund von Finanzmangel und Fachkräfteproblemen nicht einstellen können. Darum: Nein zu weiterem Bürokratieaufbau und ja zu einem Bürokratieabbau!

### **Zusammenarbeit der Stadt mit Kammern und Verbänden intensivieren!**

Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Kooperation der Stadt Magdeburg mit Kammern und Verbänden zur Umsetzung wirtschaftsfördernder Aktivitäten intensiviert wird. Wissen und Sachnähe von Kammern und Verbänden in Bezug auf Handwerk, Handel, Industrie und freie Berufe sollen zielgerichteter nutzbar gemacht werden.

### **Re-Migrationsprogramm für deutsche Fachkräfte!**

Die Stadt Magdeburg soll ein Anwerbungsprogramm für deutsche Fachkräfte aus anderen Bundesländern und ein Rückkehrprogramm für ins Ausland ausgewanderte deutsche Fachkräfte aufsetzen. Die Maßnahme soll dazu dienen, in den kommenden Jahren einen etwaigen Fachkräftemangel in unserer Stadt auszugleichen. Zur Zielgruppe gehören

## 2. Wirtschaft - Unternehmen gründen und ansiedeln, Arbeitsplätze schaffen!

insbesondere drei Millionen deutsche Fachkräfte, die in den letzten 20 Jahren ausgewandert sind. Das Rückkehrprogramm soll unter anderem folgende monetären und nicht-monetären Re-Migrationsanreize beinhalten:

1. *Übernahme anfallender Umzugs- bzw. Rückkehrkosten durch die Stadt Magdeburg;*
2. *Unterstützung bei der Wohnungssuche remigrationswilliger deutscher Fachkräfte;*
3. *Unterstützung bei der Kitaplatzsuche für die Kinder rückkehrwilliger Fachkräfte;*
4. *Auszahlung einer Prämie nach erfolgter Ansiedlung und zweijähriger sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung der rückgekehrten Fachkräfte.*

### **Regional statt global - Wirtschaftskreisläufe in Magdeburg und Umgebung stärken!**

Die AfD setzt sich für die Stärkung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe in Magdeburg und im direkten Umfeld der Stadt ein. Dafür soll das Regionalmarketing und -management der Stadt als Instrument städtischer Wirtschaftsförderung ausgebaut und verbessert werden. Produkte, die lokal oder regional produziert werden, sollen – soweit möglich – auch vor Ort konsumiert werden. In wirtschafts- und umweltpolitischer Hinsicht handelt es sich bei dem Regionalisierungskonzept der AfD um ein Gegenmodell zur globalistischen Entgrenzungs-ideologie der Altparteien und damit verbundenen weltweiten Warenströmen.

### **Interkommunale Zusammenarbeit intensivieren!**

Die Stadt Magdeburg soll die interkommunale Kooperation als Instrument kommunaler Wirtschaftsförderung effektiver nutzen. Die AfD fordert also eine Intensivierung dieser kooperativen Form der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben.



### **3. Soziale Verantwortung leben – Die Gemeinschaft hilft den Schwachen!**

Weite Teile des kommunalpolitischen Handlungsfeldes liegen im Bereich der Sozialpolitik. Aufgrund knapper Mittelzuweisungen, zu geringer Eigeneinnahmen und steigender Kosten bei der Erfüllung von Pflichtaufgaben nehmen viele Kommunen ihre freiwilligen Aufgaben nur noch unzureichend wahr oder ziehen sich durch Privatisierungen ganz aus diesem Bereich zurück. Die AfD kritisiert diese Entwicklung und bekennt sich zur sozialen Verantwortung der Kommunen. Wir brauchen im Bereich der Sozialpolitik nicht weniger, sondern mehr kommunales Engagement. Allerdings müssen wir dafür unseren Kommunen den Rücken stärken. Als klar umgrenzte Gemeinschaften bieten sie einen Rahmen, in dem sich sozialer Zusammenhalt und echte Volkssolidarität entwickeln können. Diese Potenziale gilt es zu nutzen. Die AfD setzt der neoliberalen Ökonomisierung aller Lebensbereiche den bewährten Gemeinschaftsgedanken entgegen. Das ‚Wir‘ zu stärken und in gewachsenen Gemeinschaften die Herausforderungen der Gegenwart gemeinsam erfolgreich zu meistern, und zwar über Generationengrenzen hinweg, ist unser Konzept für die Gestaltung einer guten Zukunft für die Bürger in Magdeburg.

#### **Deutsche Leitkultur in Magdeburger Kitas, Kindergärten und Schulen pflegen!**

Unsere Kinder sollen die Kultur, Sitten und Gebräuche unseres Landes erfahren, kennen und schätzen lernen. Die Anpassung von Speiseplänen in Kitas, Kindergärten und Schulen an religiöse Speisegebote zugewanderter kulturfremder Menschen lehnen wir ebenso ab wie falsche Toleranz gegenüber zugewanderten religiösen Gruppen bei traditionellen Festen – wir feiern Weihnachten und Ostern statt Winter- und Frühlingsfeste.

#### **Arbeit muss sich wieder lohnen!**

Die AfD lehnt prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Hungerlöhne ab. Harte Arbeit muss sich lohnen. Bei der Lohnpolitik kommt den Kommunen eine Vorbildfunktion zu. Kommunale Unternehmen müssen gute Löhne zahlen und auf Zeit- und Leiharbeit verzichten. Ebenso sollen Aufträge der öffentlichen Hand an Unternehmen vergeben werden, die Tariflöhne zahlen.

### **3. Soziale Verantwortung leben – Die Gemeinschaft hilft den Schwachen!**

#### **Wohnen muss bezahlbar bleiben – Kommunale Wohnungsgesellschaften erhalten!**

Um bezahlbare Mietpreise in Magdeburg zu gewährleisten, dürfen kommunale Wohnungsgesellschaften wie die Magdeburger WOBAU nicht privatisiert werden. Privatisierung von kommunalem Eigentum verstärkt die Gewinnorientierung zu Lasten der Gemeinwohlorientierung und des sozialen Ausgleichs. Allenfalls eine Umwandlung in nicht gewinnorientierte Genossenschaften soll möglich sein.

#### **Genügend Sozialwohnungen vorhalten!**

Um in Magdeburg ein ausreichendes Angebot im Niedrigmietensektor zu gewährleisten und einem Anstieg der Mietpreise vorzubeugen, sind alle Fördermöglichkeiten des sozialen Wohnungsbaus zu nutzen, um durch Sanierungen und den Erhalt von Gebäuden günstigen Wohnraum für deutsche Familien und sozial schwache Deutsche zu schaffen. Kommunale Wohnungsgesellschaften wie die Magdeburger WOBAU sollen Wohnungen in allen Mietpreissegmenten, insbesondere aber für Gering- und Durchschnittsverdiener, anbieten.

#### **Generationsübergreifende Hilfe zur Stärkung der Solidargemeinschaft fördern!**

Um ein aktives Miteinander von Jugend, Familien und Senioren im gesellschaftlichen Miteinander zu ermöglichen und zu fördern, fordert die AfD den Aufbau einer wohnortnahen Versorgungsstruktur für eine generationenübergreifende Hilfe in Form nachbarschaftlicher und ehrenamtlicher Unterstützung. Alte können Kleinkinder betreuen, während die Eltern bei der Arbeit sind, und Jugendlichen bei den Schulaufgaben helfen, während Jugendliche und Erwachsene im Gegenzug Besorgungen für die Alten erledigen usw. Davon profitieren die jeweiligen Generationen, und die Solidargemeinschaft wird gefördert.

#### **Bürgerengagement der Magdeburger fördern und sozial nutzen!**

Viele Magdeburger wollen mehr soziale Verantwortung für ihr unmittelbares Lebensumfeld übernehmen. In diesem Bestreben müssen sie von der Stadt angemessen und zielgerichtet unterstützt werden. Darum fordert die AfD die Erleichterung der Gründung von Fördervereinen zur Finanzierung von Aufgaben, zu denen die Stadt nicht oder nicht mehr in der Lage ist. Dabei muss darauf geachtet werden, dass sich die Stadt Magdeburg infolgedessen nicht von Aufgaben zurückzieht, deren Gewährleistung im Rahmen freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben ihre sittliche und politische Pflicht ist.

## **3. Soziale Verantwortung leben – Die Gemeinschaft hilft den Schwachen!**

### **Städtisches Klinikum erhalten!**

Das kommunale Klinikum leistet einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge in unserer Stadt. Aus diesem Grund lehnen wir eine Übernahme des städtischen Klinikums durch das landeseigene Uniklinikum ab. Wenn es um die Gesundheitsversorgung unserer Bürger geht, müssen finanzielle Nützlichkeitsabwägungen im Zweifel hintenanstehen. Das gilt einerseits vor dem Hintergrund millionenfacher Steuergeldvergeudung durch die Altparteien im Stadtrat in vergangenen Jahren. Außerdem sind die finanziellen Probleme des kommunalen Klinikums vor allem auch eine Folge des gesundheitspolitischen Corona-Wahnsinns in den Jahren 2020 bis 2022. Fest steht: Eine starke AfD-Fraktion im Stadtrat wird für den Erhalt unseres Stadtklinikums eintreten.

### **Mehr kommunale Kooperation mit kassenärztlichen Vereinigungen!**

Die hausärztliche Grundversorgung und die medizinische Versorgung durch Fachärzte müssen in Magdeburg zukünftig durch die kommunale Verwaltung stärker beeinflusst und geregelt werden. Die AfD fordert auf kommunaler Ebene eine genaue Analyse des Ärzte- und Praxisbedarfs. Die Bedarfsermittlung soll Voraussetzung für den Beschluss und die Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung sein. In diesem Zusammenhang fordert die AfD ein rechtlich verankertes Anforderungs- und Zustimmungsrecht im Verhältnis zwischen den Kassenärztlichen Vereinigungen und der Kommunalverwaltung, bei der Zulassung und Ansiedlung von Arztpraxen und zur eigenständigen Anwerbung von benötigtem medizinischem Fachpersonal.

### **Ärztemangel bekämpfen – Kommunale Stipendien vergeben, medizinische Versorgungszentren erhalten und ausbauen!**

Die Stadt Magdeburg soll nach dem Vorbild von Kommunen in anderen Bundesländern zukünftig Stipendien an Medizinstudenten vergeben, die an eine anschließende Niederlassungspflicht innerhalb der Stadt geknüpft sind. Die AfD fordert außerdem den Erhalt, den Ausbau und die Einrichtung nicht gewinnorientierter medizinischer Versorgungszentren mit angestellten Ärzten.

## **4. Daseinsvorsorge – Grundbedürfnisse der Magdeburger gewährleisten!**

Kernbestandteile der städtischen Daseinsvorsorge sind Wasserversorgung, Energieversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung. Die Gewährleistung der Daseinsvorsorge ist ein integraler Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung und liegt somit größtenteils in der Hand der Kommunen.

Zahlreiche Kommunen nutzen diesen Gestaltungsspielraum, um kommunale Betriebe zu privatisieren und sich schrittweise aus der Daseinsvorsorge zurückzuziehen. Zudem wird oftmals kommunales Eigentum leichtfertig veräußert oder als Sicherheit für undurchsichtige und hochriskante Spekulationsgeschäfte eingesetzt. Gleichzeitig steigen in vielen Kommunen die Abgabelasten, Gebühren und Beiträge. Eine derartige planlose und unverantwortliche Daseinsvorsorgepolitik lehnt die AfD strikt ab und bekennt sich zur Verantwortung der Kommunen in Fragen der Daseinsvorsorge. Es ist originäre Aufgabe der Kommunen, Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zu sozialverträglichen Preisen bereitzustellen. Anders als in gewinnorientierten Unternehmen kann dies nur öffentlichen Unternehmen, die nicht unter Gewinnmaximierungsdruck stehen, gelingen.

### **Keine Privatisierung kommunaler Unternehmen in Magdeburg!**

Die Privatisierung kommunaler Unternehmen ist oftmals ein Verlustgeschäft für die betroffenen Bürger. Häufig sehen sich die Betroffenen mit steigenden Preisen und schlechteren Leistungen konfrontiert, während die privaten Anbieter ihre Gewinne maximieren. Aus diesem Grund lehnt die AfD eine zukünftige Privatisierung kommunaler Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge ab.

### **Strom muss bezahlbar bleiben – Strompreisexplosion in Magdeburg stoppen!**

Die Hauptaufgaben der Stadtwerke Magdeburg sind die Dienstleistungen der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung sowie der Müllentsorgung. Das primäre Ziel eines kommunalen Energieanbieters muss in einer sicheren und preiswerten Energieversorgung der Bürger vor Ort liegen.

Im Jahre 2019 lag der Haushaltstarif der Stadtwerke für 3.500 Kilowattstunden Strom pro Jahr für eine vierköpfige Familie noch bei 1.051 Euro. Im Jahr 2024 liegt der Jahresbetrag bereits bei

## 4. Daseinsvorsorge – Grundbedürfnisse der Magdeburger gewährleisten!

1.249 Euro (Arbeitspreis 31,12 Cent pro Kilowattstunde) und damit rund 200 Euro höher als noch vor fünf Jahren. In den kommenden Jahren muss mit weiteren Strompreiserhöhungen gerechnet werden.

Die Strompreisexplosion in Magdeburg geht in erster Linie auf die Kosten der gescheiterten Energiewende zurück. Eine derartige Energiepolitik ist zutiefst unsozial. Betroffen sind nämlich insbesondere sozial schwache Familien, Alleinerziehende und Rentner.

Darum fordert die AfD, dass die Stadtwerke dazu angehalten werden, alle notwendigen bzw. möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Preis für Strom in Magdeburg deutlich abzusenken. Für Bedürftige soll zudem ein sozial ausgestalteter Kleinstverbrauchertarif geschaffen werden.

### **Nein zu Klimawahn und Energiepreisexplosion, ja zu kostengünstiger Fernwärme!**

Nicht nur in Bund und Land, auch in Magdeburg führt der Klimawahnsinn und die damit verbundene planwirtschaftliche Energiepolitik der Altparteien zu einer Explosion der Energiepreise. Um den Geldbeutel der Magdeburger zu schonen, Versorgungssicherheit zu gewährleisten und ökonomische mit ökologischen Vorteilen zu verbinden, setzt die AfD auf den Ausbau der Fernwärmeversorgung in unserer Stadt. Bereits heute wird jeder dritte Haushalt in Magdeburg mit Fernwärme versorgt. Durch Netzverdichtung und weitere Maßnahmen kann dieser Anteil mittelfristig auf 50 Prozent gesteigert werden.



## 5. Zuwanderung und Re-Migration - Magdeburgs Identität schützen!

Mit der Grenzöffnung im Jahre 2015 und der daraus resultierenden unkontrollierten und illegalen Massenzuwanderung aus kulturfremden Räumen brechen die Altparteien geltendes Recht. Dadurch werden unsere Kommunen enormen gesellschaftlichen und finanziellen Belastungen ausgesetzt. Im Jahre 2023 (Stand 20. Juni) lag der Ausländeranteil in Magdeburg bereits bei 13,9% (Personen mit Migrationshintergrund: 17,9%), Tendenz weiter steigend. In zahlreichen Stadtteilen Magdeburgs hat die Überfremdung dramatische Ausmaße angenommen. Mittelfristig drohen die Magdeburger zu einer Minderheit in ihrer eigenen Stadt zu werden.

Während der Bund über die Ausrichtung der deutschen Zuwanderungspolitik entscheidet, ist die Abschiebepolitik vor allem Aufgabe der Länder. Die Kommunen sind für die Unterbringung und Verpflegung der illegalen Zuwanderer zuständig. An dieser Stelle zeigt sich das Grundübel, an dem die deutschen Kommunen leiden: Sie müssen für die Fehlentscheidungen und das Versagen höherer Ebenen einstehen. Zwar werden Städten und Gemeinden für die Unterbringung und Verpflegung der illegalen Zuwanderer finanzielle Mittel zugewiesen. Diese Finanzmittel reichen aber bei Weitem nicht, um die anfallenden Kosten zu decken. Die Finanzmittel helfen auch nicht, mit der illegalen Zuwanderung verbundene soziale Spannungen und kulturelle Konflikte zu lösen. Angesichts dieser Missstände fordert die AfD in der deutschen Zuwanderungspolitik eine Kehrtwende um 180 Grad.

Auf kommunaler Ebene wollen wir deshalb massiven Druck aufbauen, um die illegale Massenzuwanderung zu stoppen und die kulturfremden Illegalen schnellstmöglich in ihre Heimatländer zurückzuführen. Im Gegensatz zu anderen Feldern kommunaler Politik ist hier eine Blockadepolitik notwendig. Die übergeordneten Ebenen sollen zu spüren bekommen, dass sie auf energischen Widerstand stoßen, wenn sie über die Köpfe der Kommunen und des deutschen Volkes hinweg entscheiden, die deutschen Außengrenzen für kulturfremde Völkerwanderer zu öffnen.

## **5. Zuwanderung und Re-Migration - Magdeburgs Identität schützen!**

### **Rückkehrbereitschaft erzwingen - Illegale Zuwanderer in Großeinrichtungen unterbringen!**

Die Stadt Magdeburg muss sogenannte , Flüchtlinge' unterbringen und verpflegen. Der Stadtrat kann aber darüber entscheiden, ob illegale Zuwanderer zentral in Gemeinschaftsunterkünften oder dezentral in Wohnungen untergebracht werden.

Die AfD fordert eine Unterbringung der Illegalen in zentralen Unterkünften, wenn möglich in räumlich abgetrennter und abgeschiedener Lage. Die Unterbringung muss in jeder Hinsicht als Provisorium erkennbar sein. Sie soll den , Flüchtlingen' aufzeigen, dass sie in Deutschland nur ein Gastrecht auf Zeit genießen und nach Wegfall der – angeblichen – Fluchtursache unmittelbar und ausnahmslos wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen. Magdeburg darf und wird nicht zur Heimat für illegale Zuwanderer werden.

### **Sach- statt Geldleistungen für illegale Zuwanderer!**

Die Segnungen des deutschen Sozialstaates und insbesondere üppige Geldleistungen lockten in vergangenen Jahren mehr und mehr illegale Zuwanderer nach Magdeburg. Darum fordern wir – im Einklang mit dem Asylbewerberleistungsgesetz – den ausnahmslosen Ersatz von Geldleistungen durch Sachleistungen. Durch die konsequente Umsetzung des Sachleistungsprinzips und die damit verbundene Abschaffung finanzieller Fehlanreize wollen wir die Sogwirkung deutscher Sozialleistungen beenden.

### **Magdeburger Asyl- und Integrationsindustrie den Geldhahn zudrehen!**

Ausländer, die legal nach Deutschland einreisen und sich in Magdeburg ansiedeln, müssen sich aus eigenem Antrieb assimilieren. Illegale Zuwanderer und vorübergehend bleibeberechtigte Ausländer sollen weder integriert noch assimiliert werden, weil diese Fremden Deutschland sofort oder zeitnah verlassen müssen. Vor diesem Hintergrund fordert die AfD die Streichung aller durch die Stadt Magdeburg finanzierten Sprach- und Integrationskurse sowie aller sonstigen integrationsindustriellen Maßnahmen. Davon ausgenommen sind Sprachkurse für ausländische Gaststudenten.

## **5. Zuwanderung und Re-Migration - Magdeburgs Identität schützen!**

### **Aufnahmestopp für Ukrainer!**

Die AfD setzt sich nach dem Vorbild anderer Städte für die Anordnung eines Aufnahmestopps für Ukrainer in Magdeburg ein. Schließlich wurde allein zwischen Februar und Juni 2022 etwa 4.300 Ukrainern Unterschlupf gewährt. Allein in diesem Zeitraum wurde die durch den Königsteiner Schlüssel vorgegebene Quote deutlich überschritten. Mittlerweile sind städtische Verwaltung und Hilfsorganisationen mit Unterbringung und Verpflegung überfordert, Schulen, Kindergärten, die Magdeburger Tafel und andere soziale Einrichtungen stoßen an ihre Belastungsgrenzen. Außerdem wird der Stadthaushalt durch direkte und indirekte Kosten über Gebühr belastet. Darum: Aufnahmestopp für Ukrainer jetzt!

### **Festung Magdeburg I – Zuwanderungsnotstand ausrufen, Zuzugssperre anordnen!**

Magdeburg ist eine ehemalige Festungsstadt. Erste Befestigungsanlagen lassen sich für das 13. Jahrhundert nachweisen. Der Belagerung von 1629 im Dreißigjährigen Krieg hielt Magdeburg stand. Im 19. Jahrhundert galt Magdeburg als stärkste Festung Preußens.

In Zeiten der Völkerwanderung muss die Festung Magdeburg wieder errichtet werden, bis eine Festung Europa oder eine Festung Deutschland gegen den weiteren Zustrom illegaler und kulturfremder Zuwanderer erschaffen wird.

Konkret soll dies durch eine Zuzugssperre für sogenannte , Flüchtlinge' realisiert werden. Vergleichbare Zuzugsstopps wurden bereits von zahlreichen deutschen Städten, darunter Cottbus (Brandenburg), Freiberg (Sachsen) und Delmenhorst, Salzgitter sowie Wilhelmshaven (Niedersachsen), verfügt. Die AfD fordert also, dass die Stadt Magdeburg diesen Positivbeispielen folgt und einen weiteren Zuzug von illegalen Zuwanderern per Beschluss untersagt.

### **Festung Magdeburg II – Ansiedlung von , ethnisch mobilen Minderheiten' stoppen!**

In Magdeburg siedeln sich immer mehr Personen an, die einer sogenannten , ethnisch mobilen Minderheit' angehören, um auf Kosten deutscher Steuerzahler Sozialleistungen zu kassieren. Viele von ihnen sorgen für Müll und Lärm. Bislang hat die Stadt das Problem nicht ernsthaft in Angriff genommen.

## **5. Zuwanderung und Re-Migration - Magdeburgs Identität schützen!**

Die AfD fordert auf kommunaler Ebene den Beschluss und die Umsetzung von Maßnahmen, die geeignet sind, den finanziellen und gesellschaftlichen Druck auf diese Personen so weit zu erhöhen, dass sie Magdeburg verlassen und in die Länder zurückkehren, aus denen sie gekommen sind.

### **Abschiebeoffensive für illegale Zuwanderer einleiten!**

Die kommunale Ebene spielt bei der Abschiebepolitik eine entscheidende Rolle. Schließlich sind die Ausländerbehörden vor Ort mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet. Sie können nicht nur Aufenthaltstitel erteilen, sondern auch entziehen. Außerdem können sie Abschiebungen anordnen und Abschiebehaft beantragen. In diesem Kontext verfügen die Mitarbeiter der Ausländerbehörden über große Ermessensspielräume. Die AfD fordert, dass die Magdeburger Ausländerbehörde von diesen Ermessensspielräumen restriktiv Gebrauch macht, damit eine Abschiebeoffensive für die illegalen Zuwanderer in unserer Stadt eingeleitet werden kann. Schließlich braucht Magdeburg keine ‚Willkommenskultur‘, sondern eine Abschiebekultur.

### **Migrantenobergrenze für Wohnhäuser im Besitz städtischer Gesellschaften einführen!**

Um die Bildung weiterer Parallel- und Gegengesellschaften in Magdeburg zu unterbinden, fordert die AfD die Stadtverwaltung dazu auf, städtische Gesellschaften wie die WObAU dazu anzuhalten darauf zu achten, dass der Anteil von kulturfremden Migranten in stadt eigenen Wohnhäusern eine kritische Obergrenze nicht übersteigt.

### **Kriminelle und Sozialbetrüger entlarven - Dokumentenprüfgeräte konsequent einsetzen!**

Die AfD fordert, dass alle Meldestellen bzw. Bürgerbüros der Stadt mit Dokumentenprüfgeräten ausgestattet werden. Vorgelegte ausländische EU-Personaldokumente sind fortan konsequent auf Echtheit zu prüfen, um gesuchten Kriminellen den Fluchtraum zu nehmen und Personen, die sich mittels Passfälschung in unseren hiesigen Arbeitsmarkt und unser Sozialsystem

## 5. Zuwanderung und Re-Migration - Magdeburgs Identität schützen!

einschleichen wollen, den Zugang zu versperren. Selbstverständlich müssen nachträglich auch die Pässe der Ausländer auf Echtheit überprüft werden, die bislang nicht mittels Dokumentenprüfgeräten kontrolliert wurden.

den medizinischen Mittel nutzt, um das wahre Alter angeblicher UMA festzustellen.

### **Konsequente Altersfeststellung bei sogenannten, Unbegleiteten Minderjährigen Ausländern'!**

Illegal eingereiste kulturfremde junge Männer führen die deutschen Behörden mit falschen Altersangaben an der Nase herum. Dadurch wollen sie den begehrten Schutzstatus als sogenannte , Unbegleitete Minderjährige Ausländer' (UMA) und das damit verbundene UMA-Rundum-Sorglos-Programm mit kostenintensiven Betreuungsleistungen erhalten. Deshalb fordern wir, dass die Stadtverwaltung alle zur Verfügung stehenden medizinischen Mittel nutzt, um das wahre Alter angeblicher UMA festzustellen.



## **6. Sicherheit und Ordnung – Wir schützen unsere Bürger und unsere Stadt!**

### **Hol dir dein Magdeburg zurück' –**

#### **Sofortkonzept zur Verbesserung der Sicherheitslage!**

Seit Beginn der illegalen Massenzuwanderung im Jahre 2015 hat sich die Sicherheitslage in unserer Stadt zum Negativen verändert. Mittlerweile belegt Magdeburg in der Rangliste der kriminellsten deutschen Großstädte den sechsten Platz. Diese Entwicklung zeigt sich vor allem an Kriminalitätsschwerpunkten wie dem Hasselbachplatz, dem Willy-Brandt-Platz, dem Stadtpark, dem Nordpark, aber auch in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Freibädern sowie in Einkaufszentren wie dem Allee Center und dem City Carré.

Immer mehr städtische Gebiete werden zu , No Go Areas', in denen Drogenumschlagsplätze entstehen und Ausländerbanden blutige Revierkämpfe austragen. Zahlreiche Magdeburger bleiben diesen unsicheren Orten fern. In der Folge müssen dort heimische Lokale und Geschäfte schließen und werden durch Wettstuben, , Spät Shops', arabische Friseurläden oder türkische Dönerbuden ersetzt.

Die AfD ist nicht bereit, dieser Raumnahme durch illegale und kulturfremde Zuwanderer tatenlos zuzusehen und hat darum ein Sofortkonzept zur Verbesserung der Sicherheitslage entwickelt. Dieses Konzept beinhaltet folgende Maßnahmen:

- 1. Neujustierung der Ansiedlungspolitik in Bezug auf Wettbüros, Teestuben, Dönerläden,, Spät-Shops' mit Alkoholverkauf, Shisha-Bars, Barbieri und Halal-Shops;**
- 2. Regelmäßige behördliche Überprüfung auffälliger Geschäfte im Hinblick auf die Einhaltung von Bauordnung, Gewerbeordnung, Handwerksordnung und Hygienevorschriften, die Nutzung von Bürgersteigen zur Warenauslage und die vorgeschriebene Kennzeichnung von Lebensmitteln im Sinne des Verbraucherschutzes;**
- 3. Regelmäßige Überprüfung von Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen bei auffälligen Geschäften durch die Zollbehörden;**
- 4. Genaue Prüfung des Rechnungswesens auffälliger Geschäfte durch das Finanzamt;**
- 5. Nächtliche Kontrollen durch die zuständigen Ämter, um potenziellen Straftätern den Zugang zu verwehren bzw. Platzverweise zu erteilen;**
- 6. Rigoroses Einschreiten des Sicherheitsapparates gegen exzessiven Alkohol- und Drogenmissbrauch und aggressives Betteln;**

## **6. Sicherheit und Ordnung – Wir schützen unsere Bürger und unsere Stadt!**

- 7. Zielgenaues Videoüberwachungskonzept an Kriminalitätsschwerpunkten;**
- 8. Betretungsverbot für öffentliche Verkehrsmittel und öffentliche Schwimmbäder sowie deren Nahbereich nach Straftaten wie Rohheits- und Sexualdelikten oder Vandalismus.**

*Das Sicherheitskonzept soll einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass sich die Magdeburger wieder gerne und mit einem ausreichenden Sicherheitsgefühl in ihrer Stadt bewegen können. Magdeburger, holt euch eure Stadt zurück!*

### **Magdeburger vor Migrantengewalt schützen!**

*Die AfD setzt sich für den Schutz der Bürger gegen die zunehmende Ausländergewalt ein. Zu diesem Zweck soll eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die ein Konzept zur Bekämpfung migrantischer Gewalttaten im öffentlichen Raum erarbeiten, eine Beratungsstelle für Opfer von Migrantengewalt einrichten und Aufklärungsarbeit über Migrantengewalt leisten soll. Die Arbeitsgruppe soll sich aus Vertretern der Polizei, des Ordnungsamtes, des Sozialamtes sowie einem Vertreter jeder Stadtratsfraktion zusammensetzen.*

### **Zivilcourage belohnen, Auszeichnung für Magdeburger Bürgermut einführen!**

*Als Belohnung von und Anreiz für couragiertes Verhalten fordert die AfD die Einführung einer Auszeichnung für Bürgermut. Für die Auszeichnung sollen vor allem Personen in Betracht gezogen werden, die in Magdeburg durch ihr Eingreifen Straftaten verhindern konnten und dabei die eigene körperliche Unversehrtheit riskiert haben.*

### **Magdeburger Rentner schützen – Aufklärungsarbeit zum Enkeltrick-Betrug leisten!**

*Zum Schutz älterer Mitbürger in unserer Stadt fordern wir ein städtisches Aufklärungsprogramm über den sogenannten Enkeltrick und ähnliche Betrugsmaschen. Schließlich wollen wir nicht länger hinnehmen, dass in Magdeburg arglose Rentner mit Schockanrufen in emotionale Ausnahmesituationen versetzt und erpresst werden. Außerdem müssen unsere Rentner über Straftäter, die sich als Handwerker oder Ordnungskräfte ausgeben, um sich Zutritt zu Wohnungen zu verschaffen und Wertgegenstände zu entwenden, aufgeklärt werden. Bei der Erarbeitung des Programms sollen der Seniorenbeirat der Stadt und die Polizei mit einbezogen werden.*

## **6. Sicherheit und Ordnung – Wir schützen unsere Bürger und unsere Stadt!**

### **Graffiti und Aufkleber aus dem Stadtbild entfernen, Vandalismus bekämpfen, Täter verfolgen und bestrafen!**

Zahlreiche Graffiti und Aufkleber verunstalten unsere Stadt. Außerdem nimmt der Vandalismus auf Spielplätzen, in Sportstätten und anderen öffentlichen Anlagen immer stärkere Ausmaße an. Die Täter müssen von der Polizei und dem Ordnungsamt konsequent verfolgt und von den Justizbehörden mit harten Strafen belegt werden. Wo möglich sollen die Täter auch für die Entfernung der Graffiti und Aufkleber herangezogen werden, damit sie die Konsequenzen ihres Handelns zu spüren bekommen. Zusätzlich dazu sollen präventive Maßnahmen wie das Auftragen von Anti-Graffiti-Beschichtungen vorgenommen werden.

### **Berufs- und Freiwillige Feuerwehren in Magdeburg angemessen ausrüsten!**

Die AfD fordert, dass die Ausstattung der Berufs- und der freiwilligen Feuerwehren in Magdeburg gemäß den Empfehlungen der diesbezüglichen Risikoanalyse und des Brandschutzbedarfsplanes konsequent und zeitnah verbessert wird. Nachrüstungen sollen sich stets am neuesten Stand der Technik orientieren.

### **Blackout-Gefahr ernst nehmen, Vorsorgemaßnahmen treffen!**

Durch die klimaideologisch motivierte und planwirtschaftlich strukturierte Energiewende der Altparteien wächst auch in Magdeburg die Blackout-Gefahr. Nicht ohne Grund gilt ein langanhaltender und flächendeckender Stromausfall unter Experten als eines der schlimmstmöglichen Krisenszenarien. Aufgrund dessen hat die AfD-Fraktion einen Sofortmaßnahmen-Plan für Magdeburg erarbeitet, der unter anderem die folgenden Punkte beinhaltet:

- 1. Ausstattung aller Freiwilligen Feuerwehren in Magdeburg mit mobilen Netzersatzanlagen;**
- 2. Ausstattung der Berufsfeuerwehrwache Magdeburg, Standort Peter-Paul-Straße, mit einer Betriebstankstelle;**
- 3. Mindestfüllstandsmengen sowie regelmäßige Füllstandskontrollen für die Kraftstofftankstellen zur Nachbetankung von Netzersatzanlagen;**

## 6. Sicherheit und Ordnung – Wir schützen unsere Bürger und unsere Stadt!

4. Aktualisierung der Handlungshinweise und -empfehlungen für Krisenszenarien inklusive Stromausfall auf der Internetpräsenz der Stadt sowie deren öffentliche Bekanntmachung in geeigneten nicht elektronischen Medien, darunter
  - Anlaufstellen für Hilfeleistungsersuchen,
  - Standorte der Trinkwassernotbrunnen zur Versorgung mit Trink- und Brauchwasser,
  - Angaben zu Supermärkten, die im Ernstfall für einen gewissen Zeitraum durch die Absicherung über eine Netzersatzanlage ihren Betrieb (Kassen, Kühlung) aufrechterhalten können;
5. Direkte Ansprache aller medizinischen Einrichtungen zu der vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz empfohlenen Vorhaltung einer Ersatzstromversorgung für die Dauer von 72 Stunden.



## **7. Stadtentwicklung und Verkehr – Städtischen Lebensraum attraktiv gestalten!**

Die Kommunen bestimmen die Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dazu gehören auf dem Gebiet der Städte- und Gemeindeentwicklung unter anderem infrastrukturelle Aufgaben, darunter der kommunale Straßenbau, die Bauentwicklungsplanung und der soziale Wohnungsbau. Die AfD befürwortet eine kommunale Selbstverwaltung auf Basis des Subsidiaritätsprinzips. Schließlich können kommunale Mandatsträger und Bürger vor Ort am besten beurteilen, welche Maßnahmen geeignet sind, ihre Lebenssituation zu verbessern und ihr Lebensumfeld attraktiver zu gestalten.

### **Verkehrschao durch Dauerbaustellen in Magdeburg beenden!**

Die AfD fordert, dass in Magdeburg endlich eine vorausschauende, lösungsorientierte und ideologiefreie Verkehrspolitik betrieben wird. Verkehrsteilnehmer sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Schließlich sind die meisten Magdeburger sowohl Autofahrer als auch Radfahrer, Fußgänger und Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel.

In vergangenen Jahrzehnten haben die Altparteien zu wenig in den Erhalt und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investiert. Grundsätzlich sind also Modernisierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Magdeburg und damit verbundene Investitionen dringend notwendig. Modernisierung und Ausbau sollten jedoch mit Augenmaß erfolgen. Durch Fehlplanungen, ideologisch motivierte Fördermittelvergaben und unprofessionelle Umsetzung steht Magdeburg wegen zahlreicher Dauerbaustellen kurz vor einem Verkehrsinfarkt. Die AfD setzt sich dafür ein, dass zukünftige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen professioneller geplant und umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang muss auch über die Einführung eines intelligenten Verkehrsleitsystems in Magdeburg nachgedacht werden.

### **Tunnelfiasco aufarbeiten – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen!**

Bei der Planung des Tunnelbaus am Magdeburger Hauptbahnhof haben Stadtverwaltung und große Teile des Stadtrats total versagt. Ursprünglich wurden für das Bauprojekt 37 Millionen und zwischenzeitlich 102 Millionen Euro an Steuergeldern veranschlagt. Mittlerweile belaufen sich die Kosten auf über 200 Millionen Euro, mit weiteren Kostensteigerungen für gerichtliche Auseinandersetzungen wegen Fehleinschätzungen während der Bauphase muss gerechnet werden. Mit den nun anfallenden Mehrkosten hätte eine dritte Elbquerung zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Stadt problemlos finanziert werden können.

## **7. Stadtentwicklung und Verkehr – Städtischen Lebensraum attraktiv gestalten!**

Die AfD fordert im Einklang mit ihrem Bundesprogramm, dass die Schuldigen für dieses Versagen benannt und mit verfügbaren rechtsstaatlichen Mitteln zur Rechenschaft gezogen werden. Außerdem sollen die Voraussetzungen für eine realistische Planung, belastbare Risikoeinschätzungen, Wirtschaftlichkeitsberechnungen und eine professionelle Arbeit der Verwaltung bei zukünftigen Projekten geschaffen werden.

### **Verkehrspolitischer Verantwortung gerecht werden, dritte Elbquerung in Angriff nehmen!**

Während die linken Parteien im Stadtrat die Magdeburger aus klimaideologischen Gründen mit autofeindlichen Maßnahmen schikanieren, setzt sich die AfD für die Belange der Autofahrer ein. Um dem zunehmenden Verkehrsaufkommen in unserer Stadt gerecht zu werden und die Hauptverkehrsadern der Stadt zu entlasten, ist die Errichtung einer dritten Elbquerung notwendig. Darum setzen wir uns für die Planung und Umsetzung einer dritten Elbquerung in Magdeburg ein.

### **Öffentlichen Personennahverkehr in Magdeburg erhalten und ausbauen!**

Das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs in Magdeburg muss nicht nur erhalten, sondern – wo sinnvoll und notwendig – weiter ausgebaut werden. Dies gilt insbesondere für die Abdeckung von Angebotslücken in den Abendstunden und an Feiertagen. Außerdem muss die Barrierefreiheit an Straßenbahnhaltestellen – wo noch nicht vorhanden – gewährleistet werden.

### **Ja zum Fahrrad, nein zum ideologischen Kampf auf der Straße!**

Radwege in Magdeburg sollen – wo notwendig und sinnvoll – saniert und ausgebaut werden. Dies ist im Interesse einer möglichst großen Mobilität für alle Bevölkerungs- und Einkommensgruppen. Immer wieder sollten in den letzten Jahren jedoch bauliche Maßnahmen zur Stärkung des Radverkehrs dazu benutzt werden, den Autoverkehr zu bekämpfen und zurückzudrängen. Diesen Missbrauch des Radverkehrs zur Bekämpfung des Autoverkehrs lehnen wir strikt ab.

## **7. Stadtentwicklung und Verkehr – Städtischen Lebensraum attraktiv gestalten!**

### **Einrichtungen sozialer Daseinsfürsorge müssen vorhanden und erreichbar sein!**

Voraussetzung für Schaffung und Erhalt städtischer Lebensqualität ist eine gut ausgebaute und intakte Verkehrsinfrastruktur. Darüber hinaus müssen Einzelhandelsgeschäfte, Arztpraxen, Apotheken, Kitas, Kindergärten, Schulen, Sparkassenfilialen etc. nicht nur mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Automobil erreichbar, sondern auch in ausreichender Zahl vorhanden sein. Die AfD fordert, dass in Magdeburg Maßnahmen zur Erhaltung und – wo nötig – zur Ansiedlung von Einrichtungen sozialer Daseinsfürsorge getroffen werden.

### **Anreize für erhöhte Taxiverfügbarkeit in Magdeburg schaffen!**

Insbesondere im Umfeld von Abendveranstaltungen in Magdeburg ist die Taxiverfügbarkeit zu fortgeschrittener Stunde gering. Darum müssen für ansässige Taxiunternehmen Anreize geschaffen werden, damit diese auch zu fortgerückter Stunde an neuralgischen Plätzen in der Stadt die notwendigen Kapazitäten vorhalten.

### **Ja zur Freiheit im privaten Hausbau!**

Jedes Jahr verlassen vor allem junge Familien mit Kindern die Landeshauptstadt, um sich im Umland ein Haus zu bauen. Neben dem Preis für Grund und Boden sind wesentliche Gründe hierfür die Freiheit, in der Umgebung bauen zu können, wie man dies mit seinem eigenen Geld als recht und billig erachtet. In Magdeburg hingegen werden den Hauseigentümern unzählige weitere Vorgaben, bspw. hinsichtlich verpflichtender Begrünungsmaßnahmen, Photovoltaik und der Gestaltung des Vorgartens gemacht. Wir sprechen uns gegen jegliche Maßnahmen aus, welche den Bau von privaten Immobilien in Magdeburg weiter verkomplizieren und verteuern. Wer in Magdeburg wohnen möchte, dem soll dies nicht noch extra schwer gemacht werden.

### **Ja zur Nutzung existierender Bauflächen, nein zu Neuerschließung durch Großinvestoren!**

Für Neubauprojekte in Magdeburg – darunter Bauprojekte für Wohnhäuser, Parkhäuser und Tief- bzw. Quartiersgaragen – sollen in erster Linie bestehende Bauflächen genutzt werden. Einer eilfertigen Neuerschließung von Bauflächen steht die AfD kritisch gegenüber. Insbesondere bei Grünflächen soll nur in absoluten Ausnahmefällen eine Neuerschließung ins Auge gefasst werden.

## **7. Stadtentwicklung und Verkehr – Städtischen Lebensraum attraktiv gestalten!**

Grundsätzlich soll die Genehmigung von Bauprojekten nach der Maßgabe erfolgen, ob die Magdeburger von den Baumaßnahmen profitieren oder nicht. Bauprojekte internationaler Großinvestoren und Immobilienspekulanten, die ausschließlich auf Gewinnmaximierung abzielen, lehnt die AfD ab.

Grundsätzlich positiv steht die AfD Sanierungsmaßnahmen für leerstehende Gebäude der öffentlichen Hand gegenüber, um diese vor dem Verfall zu schützen und um das Stadtbild aufzuwerten.

### **Kulturhistorische Bausubstanz in Magdeburg schützen!**

Der städtebauliche Denkmalschutz und die Denkmalpflege sind nicht nur unter touristischen Gesichtspunkten ein bedeutendes Aufgabenfeld. Aus unserem kulturellen Erbe folgt die Verantwortung, die historisch gewachsenen Errungenschaften unserer Vorväter zu bewahren. Als identitätsstiftende Maßnahme haben der Schutz und die Sanierung kulturhistorischer Bausubstanz in Magdeburg hohe Priorität. Insbesondere die Erhaltung des verbliebenen historischen Magdeburger Stadtkerns muss mit Fördergeldern in angemessener Höhe unterstützt werden.

### **Regionale Architektur in Magdeburg bewahren!**

Die AfD erkennt in erhalten gebliebener historischer Bausubstanz einen identitätsstiftenden Faktor, der einen Beitrag zum Erhalt des Stadtcharakters leistet. Schließlich sind historische Gebäude ein Stück kultureller Identität. Vor diesem Hintergrund wendet sich die AfD gegen Neubauprojekte mit ‚Allerwelt-‘ bzw. ‚Eine-Welt-Architektur‘ und setzt sich für den Erhalt ortstypischer Bauarchitektur ein.

Bei künftigen öffentlichen Bauvorhaben soll nur noch eine Bauweise gefördert werden, die sowohl historische Anleihen als auch regionale Bezüge beinhaltet. Für gesichtslose, rein funktionale Architektur dürfen keine öffentlichen Gelder ausgegeben werden. Weiterhin sind die baurechtlichen Vorschriften und deren Anwendung dahingehend anzupassen, dass regional- und ortstypische Besonderheiten unserer Stadt besser zur Geltung kommen.

## 7. Stadtentwicklung und Verkehr – Städtischen Lebensraum attraktiv gestalten!

### Gartenland in Pächterhand!

Zahlreiche Magdeburger haben Gartenland gepachtet und sich damit eine eigene kleine Wohlfühlzone in unserer Stadt geschaffen. Die AfD tritt für den Erhalt dieser Kleingartenanlagen ein. Keinesfalls dürfen Pächter von der Stadt gezwungen werden, ihre Kleingärten aufzugeben, damit durch eine Neuerschließung der Pachtflächen neues Bauland für (Groß-)Bauprojekte erschlossen werden kann. Das Magdeburger Gartenland muss in Magdeburger Pächterhand bleiben. Die von linksgrünen Kräften angestrebte zwangsweise Durchwegung von Gartenanlagen lehnen wir ab. Privatsphäre und Sicherheit der Gartenpächter und ihrer Familien müssen gewahrt bleiben.



## **8. Kultur und Sport – Geist und Körper fordern und fördern!**

Museen, Vereine, Theater, Bibliotheken und Sportstätten machen das Leben vor Ort lebenswert. Sie schaffen Möglichkeiten der Erholung und Bildung, und sie fördern die körperliche und geistige Entwicklung unserer Bürger. Kulturelle und sportliche Angebote tragen indes nicht nur dazu bei, die Magdeburger in Form zu bringen. Sie leisten auch einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Nationalidentität.

Die meisten Museen, Theater, Bibliotheken und Sportstätten werden von den Kommunen getragen oder von Vereinen, die auf kommunale Förderung angewiesen sind. Finanzierung und Förderung gehören zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen. Die Kommunen können auf diesem Feld im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten freie Entscheidungen treffen. Darum trifft die systematische Unterfinanzierung der Kommunen die Förderung von Kultur und Sport besonders hart. Um ihre Pflichten erfüllen zu können, kürzen zahlreiche Städte und Gemeinden Zuschüsse für Vereine, schließen Museen, Bibliotheken und Schwimmbäder, schränken deren Betrieb ein oder erhöhen die Nutzungsgebühren. Grundsätzlich müssen deshalb die Kommunen finanziell besser aufgestellt werden. Ohne finanzielle Spielräume keine Förderung von Kultur und Sport.

Gerade in großen Städten wie Magdeburg wird trotz enger finanzieller Spielräume zu oft Schädliches und Unsinniges gefördert. Das gilt vor allem für die Förderung linker Vereine, die gegen Deutschland und das deutsche Volk hetzen und Multikultiprojekte vorantreiben, die unsere Nationalidentität und den Bezug zur Heimat nicht stärken, sondern schwächen. An dieser Stelle müssen kommunale Fördermittel konsequent gestrichen und einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden.

### **Magdeburger Schwimmbäder erhalten!**

In vielen europäischen Ländern werden Schwimmbäder im Regelfall privat betrieben. Die Eintrittspreise in privaten Schwimmbädern sind oftmals so hoch, dass der Schwimmbadbesuch für Jugendliche und Rentner unerschwinglich ist und für Familien ein seltenes Festereignis bleibt.

# 8.

## **Kultur und Sport – Geist und Körper fordern und fördern!**

Öffentliche Schwimmbäder mit erschwinglichem Eintritt sind Ausdruck der deutschen Sozialmentalität. Zugleich bieten sie ideale Möglichkeiten zur Förderung und zum Erhalt der Volksgesundheit.

In vergangenen Jahren mussten zahlreiche öffentliche Schwimmbäder dem Spardruck der Kommunen weichen. Die AfD fordert: Schluss damit! Kein Magdeburger Schwimmbad darf geschlossen werden. Um die Einnahmesituation zu verbessern, soll für jene Magdeburger, die ihr Bad besonders unterstützen wollen und können, bei den Eintrittsgebühren eine freiwillige höherpreisige Förderkategorie geschaffen werden. Außerdem sollen die Einnahmen von Schwimmbädern durch die Aufstellung von Spendenboxen und die Gründung von Fördervereinen stabilisiert werden.

### **Bade- und Freizeitkultur an Magdeburger Seen besser fördern!**

Beim Barleber See, Neustädter See und Salbker See handelt es sich um Naherholungsziele, die von vielen Magdeburgern regelmäßig frequentiert werden, um Sport- und anderen Freizeitaktivitäten nachzukommen. Darum fordert die AfD verstärkte Aktivitäten zum Erhalt bzw. zur Verbesserung der Wasserqualität – das gilt insbesondere hinsichtlich der Vorbeugung gegen und der Bekämpfung von Blaualgen – und der Ausweitung von Freizeitaktivitäten.

### **Magdeburger Breitensport fördern – Sportstätten pflegen und erhalten!**

Sport ist gesundheitsfördernd, trägt zu körperlicher und geistiger Stärkung bei, festigt das Selbstvertrauen und stärkt die Gemeinschaft – wir haben also allen Grund, den Breitensport in unserer Stadt noch stärker zu fördern.

Während der Bund vorwiegend den Spitzensport fördert, kommt ein Großteil der Sportförderung von den Kommunen. Der Breitensport ist demnach existentiell auf kommunale Förderung angewiesen. Abgesehen von der Bereitstellung von Sportstätten und -einrichtungen für den Schulsport gehört die Sportförderung allerdings nur zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen und fällt damit oftmals zuerst Sparzwängen zum Opfer.

## **8. Kultur und Sport – Geist und Körper fordern und fördern!**

Für die AfD haben die Förderung des Breitensports und der Erhalt von Sportstätten in Magdeburg höchste Priorität. Wir werden uns dafür einsetzen, die Sportförderung in unserer Stadt – wo möglich und nötig – auszubauen. Außerdem werden wir dafür eintreten, dass Sportstätten mit Sanierungsbedarf schnellstmöglich instandgesetzt werden.

### **Kooperation zwischen Magdeburger Schulen und Sportvereinen verstärken!**

Die AfD fordert eine stärkere Kooperation zwischen städtischen Schulen und Sportvereinen zur Entdeckung und Förderung sportlicher Talente. In diesem Zusammenhang soll an Grundschulen in jedem Schuljahr im Sportunterricht ein altersspezifischer Eignungstest durchgeführt werden, um die individuellen sportlichen Fähigkeiten der Schüler zu identifizieren. Im Austausch mit den Eltern sollen dann Eignungsempfehlungen für bestimmte Sportarten ausgesprochen werden. Dadurch sollen die Kinder zu regelmäßigem Sport und für einen weiteren sportlichen Werdegang auf Vereinsebene motiviert werden.

### **Vereinswesen stärken und Ehrenamt fördern!**

Die Bindung der Magdeburger an ihre Heimatstadt resultiert unter anderem aus der Existenz eines starken Vereinswesens, das den gemeinschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Besonders der deutschen Jugend vermittelt das Engagement in Vereinen einen Bezug zur Heimat und wirkt somit Abwanderungstendenzen effektiv entgegen.

Als Träger unserer regionalen Identität sind ortsansässige Traditionsvereine in besonderem Maße zu fördern. Die Einführung einer Ehrenamtskarte für engagierte Magdeburger, die den vergünstigten Eintritt in städtische Einrichtungen ermöglicht, soll die gesellschaftliche Wertschätzung des Ehrenamtes unterstreichen. Gleichzeitig soll die Ehrenamtskarte zu einer stärkeren Auslastung und Belegung unserer Kultur- und Sportstätten beitragen.

### **Fördergelder für linke Strukturen und linke Kulturprojekte streichen!**

Linksextreme Vereine wie der in Magdeburg ansässige Verein Miteinander e. V. nutzen die Förderung durch die Kommunen, um ihre antideutsche Agenda voranzutreiben. Gefördert mit unserem Steuergeld wird unser Land in Verruf gebracht, unser nationales Selbstbewusstsein geschwächt und die Zerstörung gesellschaftlicher Werte und Traditionen aktiv betrieben.

## **8. Kultur und Sport – Geist und Körper fordern und fördern!**

Diesem Treiben wird die AfD ein Ende bereiten und linke Strukturen politisch mit aller Härte bekämpfen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass linken Strukturen und sogenannten Kulturprojekten im Zeichen von ‚Multikulti‘, ‚Vielfalt‘, ‚Toleranz‘ und ‚Weltoffenheit‘ jegliche finanzielle Unterstützung durch die Stadt Magdeburg entzogen wird.

### **Heimatstolz fördern, Lokalpatriotismus stärken!**

Magdeburg braucht keine illegale Zuwanderung, um bunt und vielfältig zu sein. Die einzigartige Stadtkultur Magdeburgs speist sich aus den spezifischen und einzigartigen kulturellen Ausprägungen in den einzelnen Stadtteilen. Die Magdeburger können mit Stolz auf diese kulturelle Vielfalt und die damit verbundene Identität ihrer Heimatstadt blicken. Die AfD fordert, dass dieser Heimatstolz und Lokalpatriotismus durch die Erarbeitung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen durch die Stadt gezielt gefördert werden. Bei der Erarbeitung eines entsprechenden lokalpatriotischen Konzeptes sollen auch identitätsstiftende Traditionsvereine wie der 1. FC Magdeburg und der SC Magdeburg einbezogen werden.

### **Nein zur Moschee – Gegen orientalische Prunk- und Protzbauten in Magdeburg!**

Sachsen-Anhalts damaliger Innenminister Stahlknecht (CDU) hat im September 2016 den Muslimen in Sachsen-Anhalt erklärt: „Ihr dürft Moscheen bauen, aber baut sie nicht jetzt!“ Da sich die Zahl der in Magdeburg lebenden Muslime durch die illegale Massenzuwanderung aus Afrika und dem Orient vervielfacht hat, muss befürchtet werden, dass sich die Magdeburger Behörden in den kommenden Jahren mit Bauanträgen für Moscheen auseinandersetzen müssen. Hier wird die AfD eine klare Blockadehaltung einnehmen. Die AfD wird Moscheebauten in Magdeburg mit allen legalen Mitteln bis hin zur Erzwingung eines direktdemokratischen Bürgerentscheids verhindern – denn der Islam hat nie zu Magdeburg gehört, gehört nicht zu Magdeburg und wird auch nie zu Magdeburg gehören!

## 8. Kultur und Sport – Geist und Körper fordern und fördern!

### Magdeburger Gedenkkultur – Opfern des Bombenterrors vom 16. Januar 1945 gedenken!

Die AfD fordert die Förderung einer angemessenen Gedenkkultur für die Opfer der alliierten Luftangriffe auf die Stadt Magdeburg am 16. Januar 1945. Bei der Bombardierung handelte es sich um einen der größten Luftangriffe auf deutsche Städte im Zweiten Weltkrieg. Damals wurden über 90 Prozent der Magdeburger Innenstadt zerstört. Zehntausende Magdeburger verloren ihr Leben, wurden verletzt oder obdachlos. Integraler Bestandteil der würdevollen Gedenkkultur soll ein neu errichtetes Denkmal an einem geeigneten zentralen Ort in der Stadt werden.



## 9. Finanzen – Genug Geldmittel für die Gestaltung unserer Stadt

Städte und Kommunen müssen in der Lage sein, ihre Kernaufgaben zu erfüllen. Darum haben der Erhalt und die Stärkung der kommunalen Finanzkraft für die AfD höchste Priorität. Deshalb lehnen wir die Steuergeldvergeudung der Altparteien im Stadtrat für linksliberale Gesellschaftsexperimente wie Gender Mainstreaming, Massenzuwanderung und Klimawahnsinn ab. Schließlich hat die Aufzehrung der finanziellen Substanz unserer Stadt zu Lasten zukünftiger Generationen zu einer finanziellen Schieflage im Stadthaushalt geführt. In der Folge musste eine Haushaltssperre verhängt werden. Außerdem droht der Stadt Magdeburg die Zwangsverwaltung.

Zur Einleitung einer finanzpolitischen Kehrtwende fordert die AfD-Fraktion eine Rückkehr zum Notwendigen. Wir stehen für eine konservative Haushaltsführung. Wir wollen die Haushaltsschieflage beenden und den Stadthaushalt stabilisieren. Wir stehen für eine zielgenaue Ausgabenpolitik, die den Interessen der Bürger in unserer Stadt Rechnung trägt.

### **Zwangsverwaltung abwenden, Konsolidierungskonzept umsetzen!**

Explodierende Ausgaben für illegale Zuwanderer seit dem Jahre 2015 und die Steuergeldvergeudung der Altparteien im Stadtrat haben zu einer Schieflage des Stadthaushaltes geführt. Daraufhin musste Oberbürgermeisterin Borris zum Jahresende 2023 eine Haushaltssperre verhängen. Außerdem droht der Stadt aufgrund der Haushaltsschieflage die Zwangsverwaltung. Um die Stadtfinanzen wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen, hat die AfD einen Sparausschuss gefordert und ein Konsolidierungskonzept erarbeitet, das unter anderem folgende Kernpunkte beinhaltet:

1. Ausrufung des Zuwanderungsnotstands zur Einsparung von Migrationskosten;
2. Einleitung einer Abschiebeoffensive zur Reduktion von Migrationskosten;
3. Austritt aus dem Bündnis ‚Sicherer Hafen‘, schließlich darf unsere Stadt kein sicherer Hafen für illegale Zuwanderer werden;
4. Freiwillige Leistungen im Bereich der Asyl- und Integrationsindustrie einstellen;
5. Anmietung von Wohnungen für illegale Zuwanderer beenden;

## 9. Finanzen – Genug Geldmittel für die Gestaltung unserer Stadt

6. Finanzmittel für linksideologische Projekte wie ‚Intakt‘ und ‚Schauwerk‘ sowie linksextreme Vereine wie Miteinander e.V. streichen;
7. Abschaffung des sogenannten Klimabeirats und darüber hinaus jeglicher Ausgaben für klimaideologische Projekte.

### **Schuldenfreies Magdeburg – Altschulden abbauen, Neuverschuldung vermeiden!**

Bis zum Jahre 2015 verfolgte die Stadt Magdeburg eine Entschuldungspolitik. Auf diese Phase der Haushaltskonsolidierung folgte seit dem Jahre 2016 eine Phase drastischer Neuverschuldung. Die Hauptursache dafür liegt in der Explosion der Migrationskosten infolge der illegalen Massenzuwanderung. Laut Oberbürgermeisterin Borris können diese Kosten „eine Investition in die Zukunft Magdeburgs sein“. Diese Fehleinschätzung teilt die AfD nicht. Die AfD lehnt diesen finanzpolitischen Irrweg ab und fordert stattdessen ein Ende der Neuverschuldung und den Abbau der bestehenden Verschuldung. Langfristiges Ziel muss die komplette Entschuldung Magdeburgs sein. Unsere Kinder und Enkelkinder werden uns dafür danken.

### **Keine Mehrbelastungen für Magdeburger durch die Grundsteuerreform!**

Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber zu einer Reform der Grundsteuer bis 2019 und zu einer Umsetzung der Reform bis spätestens 2024 verpflichtet. Die AfD fordert, dass die Umsetzung der Reform der Grundsteuer B für die betroffenen Bürger in Magdeburg aufkommensneutral umgesetzt werden muss. Keinesfalls darf die Reform von den Altparteien zum Stopfen von Haushaltslöchern infolge der illegalen Massenzuwanderung missbraucht werden.

### **Magdeburger finanziell entlasten I – Grundsteuererhöhung rückgängig machen!**

Bis zum Jahre 2023 lag der Hebesatz für die Grundsteuer B in Magdeburg bei 495 Prozent. Nun sollen die Magdeburger für die ausufernden Folgekosten der Massenmigration zur Kasse gebeten werden. Darum haben die Altparteien im Stadtrat gegen die Stimmen der AfD-Fraktion den Grundsteuerhebesatz drastisch auf 590 Prozent angehoben. Diese Mehrbelastung der Bürger in Höhe von 6 Millionen Euro lehnen wir entschieden ab. Wir werden uns im Stadtrat für die Rückabwicklung dieser bürgerfeindlichen Steuererhöhung einsetzen.

## 9. Finanzen – Genug Geldmittel für die Gestaltung unserer Stadt

### **Magdeburger finanziell entlasten II – Parkgebührenerhöhung rückgängig machen!**

Die Altparteien im Stadtrat haben eine flächendeckende Erhöhung der Parkgebühren in Magdeburg beschlossen. Der Stundenpreis fürs Parken wird bis zu 100 Prozent steigen. Die neue Regelung soll im Jahre 2024 umgesetzt werden und ab dem Jahr 2025 greifen. Die AfD wird sich im Stadtrat für eine Beibehaltung der bisherigen Parkgebühren einsetzen.

### **Magdeburger finanziell entlasten III – Hundesteuererhöhung rückgängig machen!**

Die Altparteien im Stadtrat haben beschlossen, die Hundesteuer für den ersten Hund in einem Haushalt um 25 Prozent von 96 Euro auf 120 Euro pro Jahr zu erhöhen. Die damit verbundenen Mehrkosten treffen nicht nur einkommensschwache Familien, sondern auch altersarme Rentner, die ihrer Einsamkeit durch die Haltung eines Hundes entgegengehen. Vor diesem Hintergrund setzt sich die AfD für die Rückabwicklung der Hundesteuererhöhung ein.

### **Magdeburger finanziell entlasten IV – Eintrittspreiserhöhungen rückgängig machen!**

Die AfD lehnt die ab Juli 2024 greifende Erhöhung der Eintrittspreise für öffentliche Freibäder, Schwimmhallen, Bibliotheken, das Technikmuseum sowie die Gruson-Gewächshäuser ab. Beispielsweise sollen die Preise für den normalen und ermäßigten Eintritt ins Technikmuseum um einen Euro steigen, der Preis für Führungen soll um 5 Euro angehoben werden. Weiterhin soll der Ticketpreis für die Gruson-Gewächshäuser um 1,50 Euro steigen. Mit den daraus resultierenden Mehreinnahmen wollen die Altparteien im Stadtrat die Folgekosten der illegalen Massenmigration ausgleichen. Diese Preispolitik auf dem Rücken der einheimischen Bevölkerung lehnen wir ab. Wir setzen uns für die Rückgängigmachung dieser Preiserhöhungen ein.



## 10. Umwelt – Städtisches Leben im Einklang mit der Natur!

Umweltschutz ist gelebte Heimatliebe. Der Schutz unserer Heimerde gehört zu den Kernaufgaben der AfD als konservativer Volkspartei. Über die großen umweltpolitischen Fragen wird zwar nicht auf kommunaler Ebene entschieden. Dennoch setzt sich die AfD für die Nutzung bestehender Gestaltungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden ein, um den natürlichen Lebensraum der Magdeburger in ihrer Heimatstadt zu erhalten und diesen im Sinne der Bürger zu gestalten.

### **Keine Bauprojekte im Rotehornpark – , Grüne Lunge' Magdeburgs erhalten!**

Vor einigen Jahren war Magdeburg eine der grünen Städte Deutschlands. Mittlerweile hat sich das Stadtbild verändert. Magdeburg wird zunehmend von einer grünen zu einer grauen Stadt. Dieser Entwicklung muss entgegengewirkt werden, damit unsere Heimatstadt auch für zukünftige Generationen als gesunder und lebenswerter Ort erhalten bleibt.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir Pläne für eine weitere Bebauung des Rotehornparks und entsprechende Baugenehmigungen durch die Stadt ab. Die , Grüne Lunge' Magdeburgs soll auch in Zukunft als Rückzugsort für Sportler, Ausflügler, Spaziergänger und Naturfreunde erhalten bleiben und – wo möglich – erweitert werden. Denn die Stadt hat bereits zu viel Grün verloren. [Anm. zur Gestaltung: Foto Baumspende rein!!!]

### **Hochwasserschutz in Magdeburg gewährleisten!**

Die Flutereignisse der Jahre 2002 und 2013 in unserer Stadt sind bis heute nicht vollständig aufgearbeitet. Außerdem haben die hohen Pegelstände der Elbe am Jahresende 2023 und zum Jahresbeginn 2024 den Magdeburgern die Notwendigkeit guter Hochwasserschutzkonzepte erneut vor Augen geführt. Die AfD bekennt sich zum Hochwasserschutz in Magdeburg und zu dem ehrenamtlichen Engagement der Freiwilligen Wasser-, Feuerwehren und zu allen anderen Einsatzkräften unserer Stadt. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass die Gerätschaften unserer Einsatzkräfte immer auf dem neuesten Stand der Technik sind und dass deren ehrenamtliche Tätigkeit angemessen gefördert wird. Zudem sollen innovative Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser – wo notwendig – Einzug in das Magdeburger Hochwasserschutzkonzept halten.

## 10. Umwelt - Städtisches Leben im Einklang mit der Natur!

### **Nein zur Klima-Hysterie der Altparteien, ja zu gut durchdachten Umweltschutz-Projekten!**

Die AfD ruft die Deutschen im Umgang mit dem seit jeher stattfindenden naturgegebenen Klimawandel zu gebotener Gelassenheit auf und wendet sich gegen die Klima-Hysterie der Altparteien. Ideologische Klimaschutz-Projekte zu Lasten der Magdeburger lehnt die AfD strikt ab. Gut durchdachte umweltpolitische Projekte wird die AfD hingegen unterstützen.

### **Klima-Beirat auflösen, Klima-Relevanzprüfung einstellen, Klima-Extremisten bekämpfen!**

Der Klimawahnsinn treibt in unserer Stadt immer neue Blüten. Das Steuergeld der Magdeburger darf weder für einen Klima-Beirat noch für überflüssige Klima-Relevanzprüfungen vergeudet werden. Mittlerweile treiben Klima-Terroristen auch in Magdeburg ihr Unwesen. Berufspendler werden von verwirrten jungen Menschen, die sich auf unseren Straßen festkleben, schikaniert. Außerdem werden Autofahrer immer wieder durch das Zerstechen von Reifen terrorisiert. Die im Stadtrat verbreitete Klima-Propaganda spornt diese Gesetzesbrecher zusätzlich an. Zum Schutze der Bürger setzen wir uns für die Verfolgung der Täter durch das Ordnungsamt und die Sicherheitskräfte sowie für eine angemessene Bestrafung der Klima-Extremisten ein.



## **11. Europa – Unseren Interessen dienen!**

Kommunen in Sachsen-Anhalt können zwar EU-Fördergelder beantragen. Kommunale Projekte werden allerdings nur gefördert, wenn sie den ideologischen Vorgaben der EU entsprechen. Die EU-Bürokraten arbeiten gezielt darauf hin, die europäischen Völker und Nationalstaaten abzuschaffen und in einem EU-Bundesstaat – also den Vereinigten Staaten von Europa – aufgehen zu lassen.

Zur Erreichung dieses Zieles werden die deutschen und damit auch die sachsen-anhaltischen Kommunen in Komplizenschaft genommen. Die deutsche Nationalstaatlichkeit soll von oben – also durch Brüssel – und von unten – also auf kommunaler Ebene – geschwächt werden.

Die AfD macht dieses Spiel nicht mit und hält an Deutschland und einem Europa der Vaterländer fest. Wir wehren uns gegen die Konstruktion eines Interessengegensatzes zwischen deutschen Kommunen und deutschem Nationalstaat durch die EU. Stattdessen streben wir eine Kommunalpolitik im Einklang mit nationalen Interessen an. Wir wollen eine Kommunalpolitik, die auf die Stärkung des Nationalstaates abzielt und zugleich die Abhängigkeit von der supranationalen EU reduziert.

### **Städtepartnerschaften überprüfen und fördern!**

Die Städtepartnerschaften der Stadt Magdeburg müssen auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft werden. Gewinnbringende Kontakte zu anderen Regionen, zum Beispiel im Bereich des Wirtschaftsaustausches, sind begrüßenswert. Stehen hingegen fragwürdige politische Ziele wie beispielsweise die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa oder Multikulturalisierung im Vordergrund, so muss die Sinnhaftigkeit entsprechender Städtepartnerschaften in Frage gestellt werden. Zudem dürfen Städtepartnerschaften keinesfalls missbraucht werden, um linksliberales Gedankengut in andere Länder zu exportieren.

Die AfD wird sich insbesondere für Partnerschaften mit Städten in Österreich, Russland und Ungarn einsetzen.

## 11. Europa – Unseren Interessen dienen!

### Beantragung von EU-Fördergeldern kritisch hinterfragen!

EU-Fördergelder, die durch deutsche Nettobeitragszahlungen finanziert werden, sind für die Stadt Magdeburg – mangels Alternative – mitunter eine notwendige Finanzierungsquelle. Die Finanzierung von Projekten mit Finanzmitteln der EU verfestigt jedoch die Abhängigkeit von einem System, das für viele Probleme, unter denen die Magdeburger leiden, verantwortlich ist. Außerdem verursacht die Beantragung von EU-Fördergeldern für die Stadt einen erheblichen Verwaltungsaufwand.

Darum wird die AfD auch im Stadtrat bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihre ablehnende Haltung zum EU-Umverteilungssystem artikulieren. Nicht nur auf Bundes- und auf Landesebene, auch in den Kommunen muss maximaler Druck ausgeübt werden, damit die Brüsseler Umverteilungsmaschinerie abgestellt wird und deutsche Steuergelder nicht länger im EU-Moloch versickern.







**AfD Kreisverband Magdeburg**

Schönebecker Str. 11-13,  
39104 Magdeburg

**Tel.:** 0391 405 969 72

**E-Mail:** [magdeburg@afd-lsa.de](mailto:magdeburg@afd-lsa.de)



V.i.S.d.P.:  
AfD-Kreisverband Magdeburg  
Dr. Jan Moldenhauer  
Schönebecker Str. 11-13  
39104 Magdeburg

**Geh wählen!**

